

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr

55. Sitzung
9. November 2009

Beginn: 10.11 Uhr
Ende: 12.31 Uhr
Vorsitz: Dr. Thomas Flierl (Linksfraktion)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0316](#)
Änderung des Berliner Flächennutzungsplans (FNP Berlin)
hier: ehem. Güterbahnhof Moabit (Mitte) und Tegeler Hafen (Reinickendorf)
Drs 16/2569

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0340](#)
Konzepte für die Zukunft des Mauerparks
(auf Antrag aller Fraktionen)
Hierzu Anhörung

Wir haben eingeladen und begrüßen heute sehr herzlich Herrn Funken, Vorstand des Bürgervereins Gleimviertel e. V., und Herrn Bezirksstadtrat Dr. Nelken aus Pankow. Er ist für den Bereich Stadtentwicklung hier. Herrn Gothe darf ich entschuldigen mit Hinweis auf seinen Wunsch, zunächst die vom Bezirk selbst verfolgten Planungen seinem eigenen Ausschuss vorzustellen. Dies will er am 25. November machen. Er wird uns

anschließend zur Verfügung stehen. Mein Vorschlag ist daher, dass wir den Besprechungspunkt zur Zukunft des Mauerparks, von uns allen aus gutem Grund auf dieses Datum gesetzt, heute beginnen, dass wir Herrn Funken und Herrn Dr. Nelken hören und dass wir ihn dann vertagen, um Herrn Gothe zu hören. Ich bitte um Verständnis, dass die „Freunde des Mauerparks“, die auch anwesend sind und Interesse bekundet hatten, ebenfalls hier zu sprechen, heute nicht berücksichtigt werden. Wir hatten sie gebeten, uns ihre Stellungnahme schriftlich zur Kenntnis zu geben, damit auch diese Position eingebracht werden kann.

Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll gewünscht wird – wie üblich bei Anhörungen – und darf um Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen bitten. Aus protokollarischen Gründen muss ich darauf hinweisen – wir haben es bisher zwar nicht so gemacht, aber ich will es wenigstens gesagt haben –, dass die Fraktionsrunden nach d’Hondt nun verändert zu erfolgen hätten, es sei denn, es gibt Wortmeldungen. Wir haben das bisher nicht so streng gehandhabt. Ich bitte die SPD-Fraktion als stärkste Fraktion um ihre Stellungnahme. – Frau Haußdörfer, bitte schön!

Ellen Haußdörfer (SPD): Unser Diskussionsbedarf bezieht sich auf den Mauerpark als ein Vorhaben, das mit den historischen Daten, die wir u. a. heute und in den nächsten Wochen begehen und derer wir in den letzten Wochen gedacht haben, zu tun hat, nämlich mit der Tatsache, dass die Bezirke Pankow und Mitte sich an diesen Planungen beteiligen. Wir wollen uns heute auf den letzten Stand der Planungen bringen lassen bzw. die Diskussion, die wir bei den Haushaltsberatungen begonnen und in den 1. und 2. Lesungen angediskutiert haben, hier inhaltlich fortsetzen. Wir wollen uns von Ihnen informieren lassen und danken Ihnen für die bereitgestellten Informationen, die hier teilweise auch auslagen. – Danke!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Wenn es keine weiteren Meldungen gibt, wäre die Fraktion der CDU an der Reihe. – Herr Friederici!

Oliver Friederici (CDU): Herr Vorsitzender! Wie die Kollegin das eben so wunderbar kurz dargestellt hat, möchte ich es auch machen. Uns interessiert hier der aktuelle Stand. Mich freut, dass Sie beide heute hier sind. Wir haben auch Verständnis dafür, dass Herr Stadtrat Gothe das zunächst einmal seiner BVV vorstellen möchte und respektieren dies selbstverständlich. Wir freuen uns, dass das ganze Verfahren sicherlich in der nächsten oder übernächsten Sitzung noch einmal Berücksichtigung finden wird. Desgleichen freuen wir uns auf die Stellungnahme der Interessenvertretung des Mauerparks, wenngleich das heute nicht in der Anhörung stattfinden kann. Wir freuen uns auf die Anhörung und eine angeregte Diskussion.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Herr Otto!

Andreas Otto (Grüne): Wir sind an einem geschichtsträchtigen Datum heute hier zusammengekommen. Es ist gut, dass wir uns heute mit diesem Thema beschäftigen. Andererseits muss man auch konstatieren, dass 20 Jahre vergangen sind, ohne dass der Mauerpark fertiggestellt ist. Wir möchten, dass das hier im Hause diskutiert wird, weil trotz allem Bemühen, das die Bezirke hier an den Tag legen und das auch Herr Gothe an den Tag legt, das Land und insbesondere der Senat in der Verantwortung sind, nicht zuletzt deshalb, weil der Senat seinerzeit mit der Allianz-Umweltstiftung einen Vertrag geschlossen und sich verpflichtet hat, den Mauerpark auch fertigzubauen. Deshalb sind wir dafür, dass das heute hier besprochen wird, und ich hoffe, dass wir neben den Anzuhörenden aus dem Bezirk auch von der Senatsseite Auskunft erhalten, wie das jetzt weitergehen soll, insbesondere in der Frage des Umgangs mit dem Flächennutzungsplan.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Für meine Fraktion möchte ich auch die historische und stadträumliche Dimension dieses Projekts, gerade an diesem Tag, unterstreichen. Ganz offenbar gibt es hier eine Aufgabe, die noch nicht abschließend gelöst ist. Wie kaum ein anderer Bereich ist die Inbesitznahme dieses Grenzstreifens durch die Bevölkerung für Erholung, Kultur und Freizeit eine der symbolträchtigsten Formen der Aneignung eines Niemandslandes gewesen. Dieses war seit jeher ein geradezu mythischer Ort des Zusammenwachsens von Ost und West. Umso erstaunlicher ist es, dass die ursprüngliche Verabredung, einen Mauerpark auch unter Inanspruchnahme der Mittel der Allianz-Umweltstiftung fertigzustellen, so zögerlich begleitet wurde und dass der Ankauf von Flächen, um diese ursprüngliche Verabredung einzulösen, bislang nicht geschehen ist. Wir haben nun die Situation, dass die Bezirke Mitte und Pankow unterschiedliche Konzepte verfolgen und dass insbesondere die Frage der Bebauung, wie sie vom Bezirk Mitte verfolgt wird –

bereits vor Herrn Gothe eingeleitet, jetzt von ihm fortgesetzt –, das Problem in sich birgt, dass hier die gesamtstädtische Dimension aus dem Auge verloren wird.

Ich will für unseren Ausschuss sagen: Wir sind in zweifacher Hinsicht damit konfrontiert, denn einerseits wird durch die Entscheidung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und des Bezirks Mitte dem Ausschuss die Möglichkeit genommen, über eine FNP-Änderung an der Gestaltung mitzuwirken, andererseits sollen wir aber im Haushaltsetat für die Grün Berlin GmbH Mittel zur Verfügung stellen, damit eine Gestaltung, deren Inhalt wir bisher nicht kennen, umgesetzt wird. Insofern sind wir doppelt berührt. Wenn sich herausstellt, dass die Bezirke Mitte und Pankow unterschiedliche Positionen haben, denke ich auch, dass wir gesamtstädtische Verantwortung hier wahrnehmen sollten. Insofern ist es wichtig zu wissen, wie sich der Stand der Debatte darstellt. Wir werden heute einen Teil davon hören. – So viel zu der Begründung für meine Fraktion. – Ich darf die FDP um ihre Stellungnahme bitten. – Herr von Lüdeke!

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP): Ich darf dem Vorsitzenden und seiner Darstellung recht geben. Wir sehen das sehr ähnlich, wie Sie es geschildert haben. Insofern ist die Situation, dass der Baustadtrat von Mitte heute nicht anwesend sein kann und wir auch keinen Beschluss der BVV haben, nicht gerade angenehm für die Diskussion. Wir erwarten heute keine große Diskussion, sondern auch in erster Linie den aktuellen Stand zu erfahren. Wir denken, dass die Diskussion dann in der Sitzung am 25. November stattfinden wird, wenn der Baustadtrat von Mitte auch anwesend ist. – [Christian Gaebler (SPD): Nach dem 25.!] – Gut, Herr Gaebler! Aber dann vielleicht zeitnah nach dem 25.! Da erwarten wir die Diskussion, und heute hören wir uns etwas über den aktuellen Stand an.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Dann bitte ich die Senatsverwaltung um Ihre Stellungnahme.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt): Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, haben wir die Planung auf eine Mindestgröße der Parkanlage von 10 Hektar ausgerichtet. Wir haben zur Erreichung dieses Ziels Mittel von der Allianz-Umweltstiftung zur Verfügung gestellt bekommen. Wir sind darüber hinaus verpflichtet – das sagt der Vertrag mit der Allianz-Umweltstiftung –, diese Parkanlage mindestens zu beginnen, eigentlich zum Ende des Jahres 2010 zu vollenden, sonst muss das Land Berlin die zur Verfügung gestellten 2,1 Millionen Euro wieder zurückzahlen. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich das sehr intensive Bemühen des Bezirks, hier zu einer Lösung zu kommen. Ich glaube, dass das Bezirksamt auf einem guten Weg ist. Die Beratungen im Bezirk sind nach meiner Kenntnis noch nicht abgeschlossen. Bezirksstadtrat Gothe verfolgt nach unserer Kenntnis das Möglichmachen einer Bebauung in geringem Umfang und eine Erweiterung des Parks in Richtung Westen – ein nach meiner Einschätzung guter Kompromiss vor Ort, der sowohl unseren Vorstellungen zur Erweiterung des Parks entspricht als auch die Möglichkeit gibt, Wohnen in einer begehrten Innenstadtlage möglich zu machen. Ich hoffe, dass der Bezirk eine entsprechende Beschlussfassung vornimmt und unterstütze den Bezirk – unzuständigerweise – bei der Findung einer solchen Möglichkeit sehr gerne.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann kommen wir zur Anhörung unserer Gäste. Ich bitte zunächst Herrn Funken, für den Bürgerverein Gleimviertel e. V. Stellung zu nehmen. – Bitte schön, Sie haben das Wort – vielleicht bis zu zehn Minuten für beide Redner. Wir hören gerne zu.

Heiner Funken (Bürgerverein Gleimviertel e. V.): Guten Morgen! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier zu Wort zu kommen! Es gehört zu den parlamentarischen Großtaten, dass bei so einer Debatte auch die Bürger die Gelegenheit haben, an der Debatte an so einem Ort teilzunehmen. Wir vom Bürgerverein Gleimviertel und sicherlich auch andere Initiativen vor Ort sind ausdrücklich gegen eine Bebauung der Fertigstellungsfläche des Mauerparks. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es im Gegensatz zu dem, was die Senatorin sagte, hier nicht um eine Erweiterung, sondern um eine Fertigstellung geht. Hier steht die Politik im Wort. Als der Wettbewerb zu einem bestimmten Flächenmanagement ausgelobt wurde, war das gleichzeitig ein Versprechen, auf diesen Flächen diesen Park entstehen zu lassen. Die Stadt Berlin wusste, dass ihr die in Rede stehenden Flächen nicht komplett gehörten. Also war ihr klar, dass früher oder später Geld in die Hand genommen werden musste, um diese Flächen zu kaufen. Das ist der übliche Vorgang. Wenn das nach 14 Jahren immer noch nicht geschehen ist, dann ist das ein Manko, dann sehen wir darin ein mangelndes Interesse, und dieses hat schnellstmöglich beseitigt zu werden.

Uns wird u. a. immer vorgeworfen, dass wir nicht kompromissbereit seien. Dazu möchte ich nur sagen, dass z. B. der Abschnitt hinter dem Mauerpark, hinter dem Gleimtunnel nicht zum ursprünglichen Flächenplan gehört. Das haben die Bürger und Initiativen vor Ort akzeptiert. Da geht es immerhin um 1,4 Hektar. Wir haben es akzeptiert, dass das trotzdem dem Flächenmanagement und der Fläche des Mauerparks zugeschlagen wird. Wir sind auch bereit, über Zeitabläufe zu sprechen. Auch das gehört zu unserer Kompromissbereitschaft. Wir sind auch bereit, über Engagement der Bürger, sowohl bei der Finanzbeschaffung als auch z. B. bei der Gestaltung und dem Bau des Parks, zu sprechen. Auch das gehört zur Kompromissbereitschaft der Bürger. Das sage ich vorweg. Wir lassen uns nicht vorwerfen, wir seien nicht kompromissbereit.

Wir haben mit einigem Missfallen zur Kenntnis genommen, dass die Stadt Berlin davon ausgeht, dass man dort inzwischen auf einer Grünfläche ein Bebauungsfeld von 4,5 Hektar durchziehen kann, ohne eine Änderung des Flächennutzungsplans herbeizuführen. Das ist sicherlich so nicht möglich, dem widersprechen wir und kündigen an, dass wir das per Gutachten und ggf. auch per Klage prüfen lassen werden. Es kann nicht sein – da appelliere ich eindeutig an die Parlamentarier hier –, dass man, wenn sich abzeichnet, dass eine Debatte im Parlament so läuft, dass einem die Ergebnisse nicht gefallen, es dann zu einem Verwaltungsakt macht. Es ist, glaube ich, 2004 angeregt worden, den Flächennutzungsplan zu ändern, und als man gesehen hat, dass man nicht durchkommt, hat man es zum Verwaltungsakt machen wollen. Das kann so nicht sein. Das ist nicht der Weg, der dafür vorgesehen ist.

Was die Finanzen an der Stelle angeht, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir im letzten Jahr gelernt haben, dass es systemrelevante Entscheidungen gibt. Wenn es systemrelevant ist, Banken zu retten, dann kann ich nur sagen, dass der Mauerpark, in dem jeden Sonntag ein selbstgestaltetes Volksfest stattfindet, für Mitte und Pankow ganz sicher systemrelevant ist. Dem gemäß muss dieser Park in der ursprünglichen Größe und Planung nach Prof. Lange fertiggestellt werden.

Wir sehen, dass auch für andere große Projekte, auch in der Grünplanung, Geld da ist. Ich bin ganz entschieden dafür, dass das Tempelhofer Feld zu einer Parkanlage wird. Aber es kann nicht sein, dass wir dort so viel Geld in die Hand nehmen und es dann nachher für den Mauerpark nicht mehr reicht – nach 20 Jahren. Ganz eindeutig: Ja für Tempelhof und ja für den Mauerpark! Es kann nicht das eine oder das andere sein. Im Übrigen haben wir in den Zeiten, als diese Debatte über den Mauerpark lief, festgestellt, dass an anderen Orten bereits qualifizierte, fertige Parks nachgearbeitet wurden. Für etwa die gleiche Menge Geld, die hier heute in Rede steht, wurde Anfang 2000 der Tiergarten mit Ausgleichsmitteln der Bundesbahn „barockisiert“. Das heißt, es war das Geld da, um einen funktionierenden Park nach barocken Plänen nachzubauen. Wenn sich die Stadt Berlin das erlauben kann, kann sie sich sicherlich auch erlauben, den Mauerpark fertigzustellen.

Auf die besondere Rolle und Notwendigkeit des Parks brauche ich hier nicht einzugehen. Das ist hinreichend geschehen. Ich möchte nur noch eines dazu sagen: Ein weiterer Gebäuderiegel, der an der westlichen Rückseite des Parks entlanggeht, wird sicherlich nicht der an dieser Stelle historisch notwendigen Aufgabe gerecht, der Verbindung von Ost und West einen besonderen Platz zu geben, sondern wird nur zu großen Nutzungskonflikten führen, und am Ende haben wir das Ergebnis, dass dieser wunderbare, einzigartige, auf der ganzen Welt bekannte Park zum Vorgarten von Townhouses wird. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, das in jedem Fall zu verhindern. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Herr Funken! – Herr Dr. Nelken!

BzStR Dr. Michail Nelken (BA Pankow): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe Ihnen mit Einverständnis des Vorsitzenden Material verteilt, in dem ich das, was ich jetzt ausführe, vorne stichpunktartig aufgeführt und hinten einige Unterlagen aus den letzten 15, 16, 17 Jahren, in denen es schon um den Mauerpark geht, angefügt habe: Realisierungswettbewerb usw., dessen Ergebnisse, den Lange-Entwurf und die Beschlussfassungen der Bezirksverordnetenversammlung von Pankow aus den Jahren 2005 und 2009. – Das zur Vorrede.

Zweiter Punkt: Den aktuellen Stand der Planungen für die Bebauung im Bezirk Mitte kann ich hier nicht interpretieren, denn das ist Angelegenheit des Bezirks Mitte. Wir sind auch im Bezirk bis jetzt nicht weiter

beteiligt worden. Ich kenne auch nur die Pläne, die an Sie als Ausschussmitglieder vor dieser Sitzung verschickt worden sind. Meine Darstellungen beziehen sich nur auf diese Unterlagen. Andere kann ich Ihnen nicht geben. Der Kollege Gothe hat in einer Pressemitteilung vom 15. Oktober eine Darstellung gegeben, die nicht mit dem am 3. September hier verteilten Plan übereinstimmt. Insofern müssen Sie diese Frage im Detail dann mit dem Kollegen Gothe klären. Ich kann dazu jetzt nichts sagen. Meine Darstellung bezieht sich auf das, was bis zum September bekannt geworden ist.

Zu dem Mauerpark selbst – ich denke, dieser Vorgang ist hier schon mehrfach beschrieben worden –: Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Idee für den Mauerpark von den Bürgern ausgegangen ist, und zwar unmittelbar im Jahr 1990. Noch vor der Berliner Wiedervereinigung gab es Initiativen, insbesondere im damaligen Bezirk Prenzlauer Berg, unterstützt auch von Bürgerinitiativen aus Mitte, um hier anstelle der alten Grenzanlage unter Einschluss des Geländes des Güterbahnhofs der Nordbahn einen Mauerpark entstehen zu lassen. Damals waren auch von der Senatsverwaltung schon andere Pläne angedacht. Als die bekannt wurden, haben sich diese Initiativen gegründet, und sie haben schon in der damaligen Zeit – 1991 – begonnen, eigene Pläne zu entwickeln. Die erste Pflanzaktion durch die Bürger fand auch 1991 statt. Der Senat, das Land Berlin, hat sich dann in Vorbereitung der Olympia-Bewerbung auf diese Position eingelassen und erklärt: Okay, es gibt einen Mauerpark! – Auch die Abgrenzung des Mauerparks und wo der Mauerpark entstehen sollte, wurde im Wettbewerbsverfahren schon in der Ausschreibung dargestellt. Aus dem Wettbewerb ist der bekannte Entwurf von Prof. Lange als Sieger hervorgegangen. Er wurde anschließend in der Diskussion mit den Bürgern umgearbeitet. Das Land Berlin, die Senatsverwaltung und das Abgeordnetenhaus haben dann diese Ergebnisse bei der Änderung des Flächennutzungsplans 1994 per Beschluss festgesetzt. Der Auszug aus dem Flächennutzungsplan ist Ihnen als Material beigegeben.

Insofern war die Situation völlig eindeutig. Das Problem ist, denke ich, dass die Berliner Politik hier im Wort steht. Man kann als Land Berlin seine Position auch ändern, das will ich nicht bestreiten. Ich würde mich aber dafür aussprechen, dass diese Änderung nicht vollzogen wird und man bei den alten Plänen bleibt. Die Gründe dafür liegen meines Erachtens insbesondere im öffentlichen Interesse, denn wir haben in diesem Stadtteil ein großes Defizit an Grün- und Erholungsflächen. Ringsum sind dichtbebaute Stadtteile sowohl im Bezirk Mitte als auch im Bezirk Pankow. Jeder Quadratmeter Grün und jede Erholungs- und Freizeitfläche für die Bürger ist dort dringend notwendig. Es besteht überhaupt kein Bedarf an zusätzlichem Wohnungsbau. Beide Bezirke versuchen mit verschiedenen Mitteln, u. a. mit B-Planverfahren, die Verdichtung in der Rosenthaler Vorstadt und im Prenzlauer Berg zu verhindern. Sie greifen in privates Recht ein, Grundstücke nachzuverdichten, um dann wenige hundert Meter weiter Wohnungsbau zuzulassen, wo er nicht erforderlich und von der Landesplanung her nicht vorgesehen ist, halte ich für einen ausgesprochen problematischen Vorgang. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass beide Bezirke und auch das Land Berlin ihr öffentliches Interesse in Plandokumenten definiert haben. Hinzu kommt, dass der ganze Grünzug Mauerpark bis hoch nach Norden eine wichtige Bedeutung für das Stadtklima und die Belüftung der Stadt hat. Das ist schon vor 150 Jahren so geplant worden. Man sollte diese Frischluftschneise nicht zubauen. Insofern spricht auch das dagegen. Der dritte Punkt ist hier schon mehrfach genannt worden: In den letzten 15, 20 Jahren hat sich der Mauerpark zu einem besonderen soziokulturellen Ort entwickelt, zu einem Treffpunkt der Bürger aus allen Teilen der Stadt einschließlich ihrer Gäste. Die Bebauung – wie auch immer sie dort vorgenommen würde – würde zu einem erheblichen Nutzungskonflikt führen und genau diesen Ort in der jetzigen Nutzung gefährden. Aus all diesem geht meines Erachtens klar hervor, dass das öffentliche Interesse gegen eine geplante Wohnbebauung an diesem Ort steht.

Ich will noch etwas zu der Flächenbilanz sagen, die mitunter in der Diskussion ist. Der Lange-Entwurf sah 4,5 Hektar Mauerpark vor – oder 4,1 Hektar –, und zwar südlich des Gleimtunnels. Das ist Ihnen in den Unterlagen jetzt beigelegt worden. Inzwischen sind 6,7 Hektar davon fertiggestellt. Nimmt man jetzt die 1,4 Hektar nördlich des Gleimtunnels, die eigentlich nicht in die ursprüngliche Mauerparkfläche gehörten, hinzu, dann kommt man auf die Zahlen, die Ihnen auch zum Teil bekannt sind. Das Bezirksamt Mitte – zumindest, soweit es mir bekannt ist – will von den 6,8 Hektar südlich des Gleimtunnels auf Weddinger Seite ca. 2,8 Hektar bebauen lassen. So würden wir zwar insgesamt auch südlich des Gleimtunnels auf über 10 Hektar Mauerpark kommen, aber alle anderen Angaben, die hier zum Teil durch die Gegend geistern, basieren darauf, dass man die Flächen nördlich des Gleimtunnels in die Flächenbilanz einrechnet. Man sollte klar sagen – das hat auch Herr Gothe in seiner Presseerklärung deutlich gemacht –, dass es hier nicht auf eine

Ausrechnung der Flächenbilanz, sondern auf die Funktionalität ankommt. Der Park muss hinterher funktionieren. Insofern sollte man sich nicht weiter über die Quadratmeter streiten, sondern über die Frage: Welche Qualität wird der Park haben? Warum liegt aus diesen Gründen eine Bebauung nicht im öffentlichen Interesse?

In dem Zusammenhang möchte ich noch einmal deutlich machen, dass der angedachte Tausch, dass man dem Grundstückseigentümer, der Vivico, Baurechte auf einer Gewerbefläche zubilligt und damit eine erhebliche Aufwertung dieser Flächen vollzieht und einen Teil der Gewerbefläche überlassen bekommt, um sie in Grünfläche umzuwandeln, problematisch ist, denn öffentliche Aufgaben sollte man mit den entsprechenden öffentlichen Instrumenten durchsetzen, und die Gemeinde hat Instrumente des Planungsrechts, mit denen sie Maß und Art der Bodennutzung bestimmen kann. Das ist auch für das Land Berlin kein gutes Geschäft. Es ist nämlich so, dass die Vivico über diesen Tausch eine vielfache Bodenwertsteigerung erfährt und, selbst wenn man die abgegebene Fläche davon abzieht, einen unerhörten Gewinn daraus erzielt. Ich denke also, dass das Land Berlin nicht gut beraten ist, wenn es versucht, auf diesem Wege seine Aufgabe zu erfüllen, zumal mit den Konsequenzen, die daraus folgen, dass man andere Aufgaben, die man hat, nicht erfüllen kann.

Ich kann für den Bezirk Pankow feststellen, dass auch wir der Meinung sind, dass es notwendig ist, ein FNP-Änderungsverfahren einzuleiten, wenn man diese Planung umsetzen will. Wir werden dann auch als Träger öffentlicher Belange als Bezirk beteiligt und würden in diesem Verfahren unsere Interessen und Sichten einbringen. Es ist kein guter Stil, wenn man jetzt sagt: Im Gegensatz zur Debatte in den Jahren 2003 bis 2005 führen wir jetzt kein FNP-Änderungsverfahren durch. – Der Unterschied in den Planungen besteht im Prinzip aus 20 Metern. Damals sollte dem Mauerpark ein 30 Meter breiter Streifen zugeschlagen werden, jetzt ein 50 Meter breiter. Der Rest ist damals wie heute für eine andere Nutzung vorgesehen. Ich glaube, man kann kaum erklären, warum man bei diesem Unterschied jetzt kein FNP-Änderungsverfahren durchführt. Sowohl das Parlament als auch andere Träger öffentlicher Belange als auch die Bürger würden damit aus dem Verfahren ausgeschlossen. Ich erinnere daran, dass im damaligen Verfahren über 1 000 Stellungnahmen von Bürgern eingebracht wurden. Es wäre ein ganz schlechter Stil – egal, wie man zu der Änderung steht –, jetzt auf eine solche öffentliche Debatte zu verzichten und nur ein B-Planverfahren im Bezirk Mitte durchzuführen. Ich glaube, dass der Ort die ganze Stadt und sehr viel mehr Bürger angeht. Deshalb müsste man ein FNP-Änderungsverfahren durchführen.

Ich denke, es gibt realistische Alternativen. Wir wissen alle, dass Berlin wenig oder manchmal auch gar kein Geld hat. Man muss auch nicht zwingend die gesamte Fläche kaufen. Es gibt viele Möglichkeiten, auch Zwischenschritte zu machen. Herr Funken hat einige angedeutet. Man kann auch der Vivico Baurechte auf ihren Flächen einräume. Ohne die Mauerparkplanung zu berühren, kann man der Vivico Baurechte auf Gewerbeflächen sowohl nördlich als auch südlich des Gleimtunnels einräumen. Darüber ist aber schon lange diskutiert worden. Hier kann es zu einem Interessenausgleich auch mit dem Grundstückseigentümer kommen. Außerdem kann man auch an anderer Stelle Geld sparen. Ich glaube, dass sich sehr viele Bürger an der Gestaltung des Parks beteiligen würden. Außerdem bin ich nicht der Meinung, dass man den Lange-Entwurf puristisch umsetzen muss. Es hat sich in den letzten 20 Jahren vieles verändert.

Insofern glaube ich, dass man parkverträgliche Nutzungen, die sich dort entwickelt haben, jetzt nicht abräumen muss, sondern dass man sie in die Entwicklung des Parks integrieren kann. Voraussetzung ist, dass sie nicht durch anderes verdrängt werden. Ich glaube auch, dass man einen Teil des Gewerbes wie den Trödelmarkt oder einen Teil der Gastronomie in eine neue, weiterentwickelte Planung des Lange-Entwurfs integrieren kann, was sich auch wirtschaftlich für das Land Berlin in der Bilanz durchaus entlastend darstellen kann.

Fazit: 20 Jahre nach dem Mauerfall sollte endlich der Weg zur Fertigstellung des Mauerparks in seiner geplanten Lage und Größe mit allen Veränderungen, die denkbar sind, freigemacht werden. Es gibt jede Menge Gründe – ökologische, soziale und kulturelle –, die einer Bebauung entgegenstehen. Die Finanzierung des Grunderwerbs ist durchaus aus unterschiedlichen Quellen realisierbar. Insofern glaube ich, dass wir alle zusammen in der Politik die Verpflichtung haben, jetzt endlich den gordischen Knoten durchzuschlagen, um einen Schritt weiterzukommen. Die Bebauung ist zumindest aus Sicht des Bezirks Pankow nicht der richtige Weg.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Herr Nelken! – Soweit die Statements der geladenen Gäste. – Jetzt gibt es Wortmeldungen, und wir kommen zu Rückfragen und ersten Stellungnahmen. – Herr Gaebler!

Christian Gaebler (SPD): Ich habe Fragen, die sich sowohl aus dem Vortrag als auch aus der dankenswerterweise schriftlich vorgelegten Zusammenfassung von Herrn Nelken ergeben. Das betrifft zum einen die tatsächlich verwirrende Flächenbilanz. Das war eben auch wieder etwas verwirrend. Sie, Herr Funke, sprachen von mehr als 4,5 Hektar Bebauung. Herr Nelken schreibt einmal etwas von 2,8 Hektar Bebauung auf Wedding Seite, aber unter Punkt 6 wird gesagt, die angestrebte Baufläche sei viel größer als 3 Hektar. Ich nehme an, das liegt an der Gesamtsicht, was dort in welcher Ecke liegt. Vielleicht können Sie das noch mal zusammenbringen oder ergänzen.

Zum Zweiten: Sie hatten gerade selbst gesagt, Sie wollen, dass möglichst schnell nächste Schritte zur Vollendung des Mauerparks gegangen werden. Insofern würde mich interessieren, wie Sie denn zu einer Sperre der 2,5 Millionen Euro für die Fortführung der Erstellung des Mauerparks stehen, die hier im Abgeordnetenhaus diskutiert wird, oder ob Sie nicht auch der Meinung sind, dass man die Gelder, die beim Grünen Berlin im nächsten Haushaltsentwurf stehen, möglichst schnell zur Anwendung bringen soll.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Herr Otto!

Andreas Otto (Grüne): Ich bedanke mich namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Ausführungen der Anzuhörenden und will zwei, drei Bemerkungen anschließen. Wir machen das heute, am 9. November, nicht zuletzt deshalb, damit man auch diesen Ort und diesen Tag in eine Beziehung setzt. Das ist ein Ort der Begegnung, da, wo Berlin zusammenwachsen soll, wo Mitte und Prenzlauer Berg, wo Wedding und Pankow sich begegnen. Wir haben – wenn Sie sich das einmal anschauen – gegenwärtig die Situation, dass der bisher vorhandene Park vom Wedding fast gar nicht zugänglich ist. Nach 20 Jahren! Wer an der Brunnenstraße wohnt, muss einen unheimlichen Umweg machen, um in diesen Park zu kommen. Das ist einer der Gründe, die dafür sprechen, dass wir uns auch ein bisschen beeilen müssen. Wir können nicht noch 20 Jahre warten. Das muss ein Ort der Begegnung werden und ist auch, glaube ich, ein Ort, der eine Gedenkfunktion hat. Vom Todesstreifen zur Begegnungs- und Erholungsfläche – das ist eine Geschichte für so einen Ort, die es verdient, dass sie hier im Haus beachtet und in Zukunft umgesetzt wird.

Ich will noch mal – ich hatte das eingangs erwähnt – zu der FNP-Änderung kommen. Der Flächennutzungsplan sieht bisher dort eine Grünfläche vor. Jeder, der da etwas anderes haben will, muss nach unserer Überzeugung den Flächennutzungsplan ändern, das hier im Haus thematisieren und gegebenenfalls zur Abstimmung stellen. Das ist der Stand, und ich glaube, es wäre unredlich, an diesem Ort einfach über einen kleinen Bebauungsplan im Rahmen dieser 3 Hektar Unschärfe den FNP unterlaufen zu wollen. Das wird diesem Ort nicht gerecht, und wenn es Änderungen gegenüber den bisherigen Planungen gibt, dann müsste das hier offen und ehrlich diskutiert werden, und dann müsste man sich im Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan darüber verständigen. Ich glaube, das ist der wichtigste Punkt, und das wurde auch in den Beiträgen der Anzuhörenden deutlich.

Diese Geschichte der Flächenbilanz hat mich auch etwas verwirrt. Nach meiner Kenntnis ist es so – das ist auch bei verschiedenen Anfragen so schriftlich niedergelegt worden –, dass die ursprüngliche Planung und der Entwurf von Prof. Gustav Lange aus Hamburg davon ausgingen, dass man hier 14,5 Hektar Parkfläche erreicht. So ist es auch im Flächennutzungsplan vorgesehen, und das ist meines Erachtens eine Zielgröße, die auch hier gelten sollte und für unsere weitere Beratung die Basis bilden muss. Das ist aus meiner Sicht noch einmal klarzustellen. Wenn die Anzuhörenden das anders sehen, müsste das gesagt werden.

Daran muss gearbeitet werden, und ich glaube, diese Geschichte mit den 10 Hektar, zu den sich der Senat gegenüber der Allianz-Umweltstiftung verpflichtet hat, ist möglicherweise ein Etappenschritt, aber das sollte nicht das Ende der Fertigstellung sein, sondern – wie gesagt – durch diesen Termin 2010 kann das nur eine erste Etappe sein, und wir sollten diese Etappe nicht angehen, ohne zu wissen, wann wir insgesamt mit diesem Vorhaben fertig sind und wann tatsächlich im Sinne des Entwurfs von Lange, den er ja im Auftrag des Senats erstellt hat, der Park fertig gebaut wird.

Die Frage ist: Wie macht man das mit den Haushaltsmitteln? – Meines Erachtens müssen wir überlegen, in welchem Zeitraum wir das über diese Tauschgeschäfte, um die sich der Bezirk Mitte bemüht, regeln können und in welchem Zeitraum wir vielleicht auch überlegen müssen, ob wir Gelder, die im Haushalt für andere Sachen vorgesehen sind, dorthin umlenken. Das Stichwort Tempelhof ist hier gefallen. Mir ist neulich wieder begegnet – das ist eigentlich auch eine schöne Idee –: Es sind in den vergangenen Monaten die sogenannten Novum-Gelder verteilt worden, die aus ehemaligen SED-Vermögen stammen. Auch an dieser Stelle wären sie sehr gut eingesetzt gewesen. Man hat sich anderes überlegt. Aber ich will damit nur dokumentieren: Es gibt auch Gelder, die für so etwas zur Verfügung stehen müssen. Davon sollten wir uns nicht vorschnell verabschieden. In dem Sinne: Danke!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Ich möchte nun gern für meine Fraktion Stellung nehmen und Fragen stellen. Ich sehe vor allem einen juristischen und politischen Aspekt. Der juristische Aspekt ist die FNP-Änderung. Wir sind mit der Situation konfrontiert, dass dieses Parlament durch die abgesagte FNP-Änderung und den Versuch, es ohne eine solche zu realisieren, der Mitwirkung beraubt ist. Wir brauchen damit auch keine Koalitionsabsprache, weil es nicht Gegenstand unserer Verabredung ist, und man sich offensichtlich darauf einstellt, dass es der Bezirk Mitte durchzieht und die anderen zuschauen. Deshalb will ich die juristische Ebene noch einmal betonen, Frau Senatorin. Nach den mir vorliegenden Ausführungsvorschriften zum FNP in Berlin ist im Grundsatz eindeutig festgelegt, dass aus Frei- und Grünflächen grundsätzlich keine Baugebiete und anderen baulichen Nutzungen entwickelt werden können. Angesichts der Baumaßnahmen, die – in welcher Variante auch immer – schon aufgerufen wurden, handelt es sich auch um keine untergeordnete Grenzkorrektur des FNP. Erstens ist die sogenannte Drei-Hektar-Regel, nach der der FNP bei Flächen unter 3 Hektar nicht geändert werden muss, dem Grundsatz nach für Grünflächen ausgeschlossen, und zweitens ist die vorgesehene Baufläche größer als drei Hektar. In der Wahrnehmung meines Rechts als Abgeordneter dieses Parlaments sehe ich einer rechtlichen Auseinandersetzung mit Interesse entgegen. Ich halte es für schlecht, dass wir – da komme ich zum politischen Aspekt, das andere kann eine juristische Auslegung sein – seit einigen Jahren unterschiedlichen Positionierungen im kleinen Grenzstreit zwischen in Pankow und Mitte zusehen. Es wäre interessant, mal über die Sache selbst zu reden, ob eine Bebauung an der Stelle tatsächlich sinnvoll ist. Nach Gesprächen mit den Partnern, dem Kollegen Gothe als auch dem Kollegen Nelken und den Bürgerinitiativen, habe ich den Eindruck, dass die Bereitschaft, zu einem Konsens zu kommen, sehr groß ist und dass die abstrakten Fragen – Wollen wir jetzt überhaupt nicht bauen? Oder wollen wir die Möglichkeit nutzen, durch die Schaffung von Baurecht auch die Aufwendungen des Landes Berlin so gering wie möglich zu halten? – nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Frage der Bebauung an der Eberswalder Straße, dem Bereich, den Herr Dr. Nelken eben mit der Aufnahme von bereits bestehenden Nutzungen schon charakterisiert hat, oder dem in den letzten Planungen von Herrn Gothe vorgesehenen Bereich mit dieser nicht ganz einfach zu erschließenden und durch die Verkehrswege schwierigen Gegend im Norden ist gar nicht ausgeschlossen.

Ich muss auch die Erfahrung einbringen, Frau Senatorin, dass es zum Ende meiner Amtsperiode gar kein Problem war, für einen noch für die Erweiterung des Museums für Verkehr und Technik erforderlichen Ankauf einer Vivico-Fläche im Park am Gleisdreieck 5 Millionen Euro hinzulegen. Das heißt ja nicht, das Geld zu verschleudern, sondern Prioritäten zu setzen. Deswegen möchte ich hier mit allem Nachdruck sagen, dass

meine Fraktion die Position der Bürgerinitiativen und des Bezirks Pankow unterstützt und dass wir gern mit dem Kollegen aus Mitte über Kompromisse und möglicherweise auch über die notwendigen Nachfinanzierungen, die dann in einem stadtverträglichen und vertretbaren Konzept erforderlich sind, diskutieren. Diese Möglichkeiten sind uns aber genommen, indem das zur Bezirksangelegenheit erklärt wurde. Was wäre, wenn der Bezirk anders zugeschnitten worden wäre, liebe Frau Senatorin? Wir wissen, dass es auch die Ideen gab, Wedding und Prenzlauer Berg zusammenzulegen. Meine Bitte an die Senatorin ist, ihre Entscheidung zur FNP-Absetzung, zur Einstellung des Verfahrens zu begründen, denn davon sind auch unsere Rechte als Abgeordnete berührt. – Frau Matuschek hatte sich noch gemeldet.

Jutta Matuschek (Linksfraktion): Herr Nelken, Sie sprechen von Funktionieren des Parks. Der Park funktioniert natürlich nur so gut, wie er flächenmäßig ausgeprägt ist, aber auch, wie die Nutzerinnen und Nutzer miteinander in Kommunikation treten bzw. sich möglicherweise durch die entsprechenden Entwicklungen bedroht fühlen. Deswegen meine Frage: Wie sehen Sie das Funktionieren des Parks in den jetzt geplanten Varianten beeinträchtigt, bzw. welche Gefahren sehen Sie für den Fall, dass diese Variante tatsächlich durchgesetzt werden für die Nutzung, und wie kann das Funktionieren des Parks gewährleistet werden?

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Zunächst gibt es keine weiteren Meldungen. – Dann bitte ich die Senatorin und dann die Gäste, zu den Fragen Stellung zu nehmen.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt): Ich will auf zwei Fragestellungen eingehen, die hier aufgeworfen worden sind. Die Zuständigkeiten der Bezirke orientieren sich an den vorhandenen Bezirksgrenzen, und ich habe keine Notwendigkeit gesehen, die Bezirksgrenze zwischen Pankow und Mitte infrage zu stellen. Das sind vor langer Zeit Entscheidungen gewesen, die ihre Sinnhaftigkeit hatten, aber ich würde es ablehnen, nunmehr – weil ich mir wünsche, in einer bestimmten Angelegenheit hätte ich lieber die Zuständigkeit eines anderen Bezirks – gegebenenfalls eine wie auch immer geartete Initiative zur Veränderung von Bezirksgrenzen starten. Wir hätten verdammt viel zu tun, wenn wir immer dann, wenn uns etwas in einem Bezirk nicht passt, die Zuständigkeit einem anderen Bezirk übertragen wollten. Ich warne vor solchen Gedanken. Das kommt mir geradezu abenteuerlich vor.

Die zweite Frage, die hier aufgeworfen worden ist, bezieht sich auf die Notwendigkeit, gegebenenfalls einen FNP zu ändern. Das FNP-Änderungsverfahren wurde, wenn ich richtig informiert bin, irgendwann im Jahr 2001 begonnen. Es hat in den darauffolgenden Jahren ein Moderationsverfahren gegeben, und wir beobachten im Augenblick eine sehr aktuelle Diskussion zu der Frage der Gestaltung einer Bebauung, also zu der Frage, wie ein solches B-Planverfahren zu einem guten Ende gebracht werden könnte. In einer solchen Situation muss ich – wenn ich die Frage beantworten soll: Ist ein B-Planänderungsverfahren erforderlich? – zunächst wissen, was geplant ist. Das, was derzeit geplant ist und was vom Bezirk informell, aber immerhin schon mal vorgestellt worden ist – ich sage noch mal: Eine abschließende Beschlussfassung gibt es im Bezirk nicht –, lässt nach meiner Einschätzung keine zwingende Notwendigkeit erkennen, ein FNP-Änderungsverfahren einzuleiten. Das ist die Rechtsfrage. Wenn ein FNP-Änderungsverfahren eingeleitet werden muss, dann machen wir es nicht. Wenn man sich ein FNP-Änderungsverfahren wünscht, damit man in einer bezirklichen Angelegenheit besser mitsprechen kann, obwohl es nicht erforderlich ist, dann halte ich das für grundsätzlich falsch. Entweder ist ein Bezirk zuständig, dann kann er machen, was ihm zusteht, aber ich kann nicht sagen: Weil wir das doch lieber so halb – so will ich das mal sagen – zu einer Angelegenheit des Senats oder des Abgeordnetenhauses machen wollen, hätten wir gerne – auch wenn es nicht erforderlich ist – ein FNP-Änderungsverfahren. Das ist nicht sauber argumentiert. Deshalb ist meine Bitte, darauf zu achten, was der Bezirk plant und das dann selbstverständlich politisch zu bewerten, aber nicht zu versuchen, auf einem Weg, der juristisch mindestens bedenklich und politisch nach meiner Einschätzung falsch ist, Zuständigkeiten zu verändern, die zugegebenermaßen – ob einen das ärgert oder nicht – andere sind.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Herr Funken, bitte!

Heiner Funken (Bürgerverein Gleimviertel e. V.): Herr Gaebler hatte danach gefragt, wie wir zu einer Rückzahlung der Gelder der Allianz-Umweltstiftung stehen. Dazu möchte ich mitteilen, dass wir selbstverständlich in engem Kontakt mit der Allianz-Umweltstiftung sind, und diese hat in Aussicht gestellt, dass sie

die in Streit stehenden Mittel im Zweifelsfall auch wieder zurückzahlen würde, wenn es nach 2010 zwischen den Bürgern und der Stadt Berlin zu einer Einigung kommt. Die Allianz-Umweltstiftung ist auch bereit, diese Klausel „2010“ in dem Vertrag zu ändern und mehr Zeit einzuräumen, wenn die Bürger und die Stadt Berlin in dieser Angelegenheit zu einer Einigung kommen. Die Allianz-Umweltstiftung sagt aber mit Nachdruck, dass sie das nur tut, wenn erkennbar ist, dass die beteiligten Bürgerinitiativen diesem Kompromiss oder überhaupt einem Kompromiss zustimmen. Das Geld ist also, wenn wir uns einigen, nicht verloren.

Zu dem Flächenmanagement wird Ihnen Herr Nelken noch etwas sagen, nehme ich an.

Ich bin auch der Meinung, Frau Senatorin, dass der Bezirk Mitte gestärkt werden muss, allerdings nicht dadurch, dass man jetzt davon ausgeht, dass der Flächennutzungsplan nicht geändert werden muss, da es sich um eine Arrondierung handele. Dies ist keineswegs eine Arrondierung. Der Bezirk muss in dieser Sache mit Geld gestützt werden – ganz eindeutig!

Wir haben festgestellt, dass man am Ende aller Debatten, wenn die Mikrofone abgestellt sind und man sich über die Fraktionen und Interessen hinweg unterhält, unisono zu der Erkenntnis kommt: Ein größtmöglicher Park ist an dieser Stelle notwendig, richtig und in jedem Fall die bessere Lösung. Das heißt, es scheitert nur am Geld. Es scheitert nicht an der Tatsache, dass an dieser Stelle die größere Parklösung die bessere Parklösung ist. So ein Park – das auf die Frage nach dem Tempo – ist für viele Jahrzehnte und Generationen. Da kommt es beileibe nicht auf fünf Jahre mehr an. Nur weil wir es jetzt geschafft haben, die Gelder zu verfrühstücken, die für dieses Projekt notwendig sind, haben wir nicht das Recht, für die nächsten Generationen an dieser Stelle die Möglichkeit eines Parks grundsätzlich zu eliminieren.

Was die Schwierigkeiten einer Bebauung an dieser Stelle und somit die Nutzungskonflikte und die Frage: Funktioniert der Park, wenn da gebaut wird? – angeht, kann ich nur sagen: Wenn wir an dieser Stelle, an der westliche Seite des Mauerparks eine Häuslebauerei betreiben, dann ist das keine großstädtische, metropolengemäße Stadtplanung. Das ist wirklich kleinstädtisch, und das ruiniert an der Stelle die Besonderheit dieses Parks, das Urbane, das Junge und Spontane. Die Häuslebauer werden am Ende in jedem Fall dort ihre Ruhe haben wollen, und die werden in unserem Park am Ende ihren Vorgarten sehen. Das wird nicht dazu führen, dass dort Sonntags nachmittags nach drei Uhr getrommelt werden kann, denn da ist Mittagsruhe. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Herr Nelken!

BzStR Dr. Michail Nelken (BA Pankow): Zunächst noch einmal eine Bemerkung zu den Zuständigkeiten: Ich denke sehr wohl – da stimme ich Frau Senatorin zu –, dass die Zuständigkeit für die Entwicklung des Baurechts erst einmal beim Bezirk Mitte liegt. Ich halte auch nichts davon, die Grenzen zwischen den Bezirken zu verändern. Der Bezirk Pankow hatte dem Bezirk Mitte angeboten, dennoch den ganzen Park zu übernehmen. Aber man braucht keine Grenzänderung dafür, sondern nur eine Verwaltungsvereinbarung. Wir haben es auch bei anderen Flächen zwischen dem Bezirk Mitte und dem Bezirk Pankow so gehandhabt, dass man eine Verwaltungsvereinbarung über die Bewirtschaftung trifft. Da muss man keine Grenzen ändern.

Ich finde es auch richtig, dass man nicht immer, wenn einem etwas nicht passt, in bezirkliche Zuständigkeiten hineinregiert. Hier geht es aber eher um etwas anderes. Die Rechtslage ist aus meiner Sicht relativ eindeutig, was die AV für den Flächennutzungsplan betrifft. Hier handelt es sich um eine Grünfläche, und zwar in größerer Dimension in der jetzigen Planung. Zweitens sind die beiden Flächen, um die es geht, nicht nur über 3 Hektar, sondern praktisch 5 Hektar groß. Das ist nicht mehr als Arrondierungsfläche zu bezeichnen.

Damit komme ich zu der Flächenfrage, Herr Gaebler: Wir haben – man kann sich streiten, was unterhalb des Jahn-Stadions noch Mauerpark ist und was nicht – südlich des Gleimtunnels insgesamt eine Fläche von ca. 14,1 Hektar. Davon sind jetzt 6,68 Hektar fertiggestellter Mauerpark auf der Ostseite. Auf der Westseite kann man noch einmal unterscheiden zwischen dem, was geplant ist – – Da kann ich jetzt nur vorsichtig herangehen, weil ich nicht für die genaue Planung sprechen kann. Ich gehe davon aus – wenn ich die Planung von Mitte richtig sehe –, dass davon im Augenblick zwischen 2,8 und 3 Hektar für die Gewerbeentwicklung vorgesehen sind. Dann kann man wiederum genau überlegen, bis zu 4 Hektar, vielleicht auch ein

bisschen mehr für den Mauerpark vorzusehen, also Zuwachs auf westlicher Seite. Dann gehen Sie über den Gleimtunnel hinweg. Der Gleimtunnel selbst hat auch noch einmal 2 000 qm, die in der Flächenbilanz enthalten sind. Das lasse ich jetzt mal weg. Nördlich des Gleimtunnels – das bringt immer ein bisschen die Verwirrung – befinden sich ungefähr noch einmal insgesamt 4,4 Hektar. Davon sind derzeit diese 1,4 Hektar durch den jetzigen 4. Bauabschnitt des Mauerparks mit Kinderbauernhof usw. belegt. Wenn man jetzt ganz korrekt ist, muss man da wieder ein bisschen etwas abziehen, weil da noch ein Gärtnerstützpunkt drin ist. Das lasse ich jetzt mal beiseite. Dann gibt es die Fläche, die für eine Gewerbebebauung vorgesehen ist. Die ist in den Planungen, die mir bekannt sind, ungefähr 2,3 Hektar groß. Wenn man dann nördlich des Gleimtunnels auf das Weddingener Gebiet geht, sieht die jetzige Planung, die mir bekannt ist, ungefähr noch einmal 0,7 Hektar für den Mauerpark vor. In der Presseerklärung spricht Herr Gothe von einem 50 Meter breiten Streifen von der Eberswalder Straße bis zum Nordkreuz. Das wäre dann diese Bilanz.

Ich glaube, am Ende ist die Funktionalität wichtiger als der letzte Quadratmeter. Es muss irgendwie als Park funktionieren, und Frau Matuschek hat gefragt, wie ich die Funktionalität einschätze. Ich will nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Augenblick die Funktionalität des Mauerparks zwar gegeben ist, aber wenn man nach zwei, drei Wochen, in denen es nicht geregnet hat, hingeht, dann ist er in einem erbärmlichen Zustand, weil der Nutzungsdruck auf den Park durch die vielen Menschen, die da immer hinkommen, so groß ist, dass er ihn in seiner gegenwärtigen Ausdehnung nicht dauerhaft aushält. Deswegen haben wir immer gesagt: Man braucht mehr Luft, um die vielen Nutzungsinteressen, die es da gibt, herzustellen. – Die Funktionalität ist gegenwärtig auch nicht ideal. Sie muss dringend verändert werden durch Erweiterung und Fertigstellung des Mauerparks.

Jetzt zu der Frage nach der geplanten Bebauung: Wenn man parallel zu der vorhandenen Bebauung und zu dem jetzigen Mauerpark eine Bebauung auf der westlichen Kante hinstellt, bekommt man einen rapiden Nutzungskonflikt, denn im unteren Teil befindet sich sowohl ein kleines Wäldchen, wo sich im Sommer sehr viele Leute aufhalten, als auch das sogenannte Amphitheater, wo jedes Wochenende frei inszenierte, nicht vom Bezirk oder irgendeinem anderen organisierte Veranstaltungen mit mehreren hundert bis tausend Leuten stattfinden. Es lastet ein unerhörter Druck auf dieser Fläche, und es wird zu einem Nutzungskonflikt mit einer Wohnbebauung kommen, denn diese muss mit den Fenstern, Balkonen usw. zum Park hin ausgerichtet werden und kann nicht auf die anschließende Bebauung und den Bebauungsriegel auf der Weddingener Seite hin ausgerichtet werden. Also entsteht ein großer Nutzungskonflikt. Genauso ist es, wenn Sie weiter oben in Höhe des Birkenwäldchens, also nach der Lortzingstraße, einen Wohnriegel hinstellen würden. Da ist der Park am schmalsten. Auch dort würde es zu einem erheblichen Nutzungskonflikt kommen.

Etwas anderes ist es wahrscheinlich unmittelbar an der Eberswalder und Bernauer Straße/Ecke Wolliner Straße. Da gibt es sowieso sehr viel Verkehr und Verkehrslärm. Die Parknutzung ist dort nicht so intensiv, außer wenn am Wochenende der Trödelmarkt ist. Dann ist da allerdings auch sehr viel los. Da wir den Trödelmarkt behalten wollen, würde es vielleicht auch Nutzungskonflikte geben, aber die kann ich mir noch als am ehesten lösbar vorstellen, denn dort kann man die Bebauung nach Süden und Westen ausrichten. Dort steht nicht die Bebauung von Weddingener Seite dagegen. Im Norden, am Nordkreuz, ist die Parknutzung relativ gering. Dort finden nicht die Veranstaltungen statt, dort ist es relativ ruhig. Dort sind der Kinderbauernhof, der Senkgarten, die Kletterwand und ein Kinderspielplatz. Wenn man nicht zu dicht heranrückt, ist da genügend Platz für eine Bebauung, die nicht zwingend in Konflikt mit der Parknutzung kommt. Insofern muss man da sicher unterscheiden. Es gibt Flächen, wo es sich nicht vertragen wird, und Flächen, wo es denkbar ist.

Die letzte Frage war die nach den Sperren: Da bin ich jetzt nur bedingt informiert. Entscheidend ist, wofür man Geld ausgibt. Unser dringendstes Problem ist jetzt der Flächenerwerb, um dann evtl. z. B. auch mithilfe der Bürger Teile der Herstellung zu betreiben und damit Herstellungskosten zu sparen, um sie in den Flächenerwerb zu stecken und die Finanzlast für Berlin zu minimieren. Insofern kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen, Herr Gaebler, welche Mittel da gesperrt sind und welche nicht. Ich kann nur sagen: Man sollte sich darüber verständigen, wo und in welcher Größe die Fertigstellung des Mauerparks erfolgt, damit man kein Geld ausgibt, das man vielleicht woanders braucht. Aber ich weiß nicht genau, welches Geld für Grün Berlin eingestellt und jetzt gesperrt worden ist. – Das waren, glaube ich, alle Fragen.

Vorsitzender Dr. Thomas Flierl: Vielen Dank, Herr Nelken! – Unsere Anhörung heute leidet unter der Tatsache, dass wir die konkreten Planungen des Bezirks Mitte noch nicht kennen und dass möglicherweise auch eine Grafik mit den verschiedenen Planansätzen und Flächenzuschnitten hilfreich wäre. Herr Nelken hat es mit seinem Material versucht, aber vielleicht kann man auch Herrn Gothe antragen, uns das beim nächsten Mal mit einer Präsentation zu demonstrieren, damit wir genauer wissen, worüber wir reden. Wir sollten an diesem Punkt zunächst innehalten.

Es ist natürlich durchaus eine offene Frage, ob ein Mauerpark, der zwei Bezirke berührt, nicht doch auch eine gesamtstädtische Bedeutung hat, ohne dass man es zum gesamtstädtischen Vorhaben und zum B-Plan macht. Deswegen haben wir es hier gemeinsam auf die Tagesordnung gesetzt. Selbstverständlich ist eine Moderationstätigkeit der Senatsverwaltung oder des Ausschusses dann erforderlich, wenn sich Konflikte zwischen den Bezirken abzeichnen. Ich fände es sehr bedauerlich, wenn sich die Meinung durchsetzen würde: Ist doch egal, was die in Pankow machen! Wir bauen einfach. – Ich denke, dass das ein Rückschritt wäre. Das soll als Angebot an alle Beteiligten dieser Anhörung verstanden werden, aufeinander zuzugehen und zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Damit vertagen wir diesen Tagesordnungspunkt auf eine Sitzung nach dem 25. November, wenn Herr Gothe seinen Ausschuss informiert hat und uns dann sicherlich auch autorisierte Unterlagen zur Verfügung stellen wird. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Die Unterlagen, die ich Ihnen zugesandt habe, stammen von Herrn Gothe – nicht dass der Eindruck entsteht, ich hätte da andere Quellen! – Herzlichen Dank den Gästen, dass sie gekommen sind! Vielen Dank den anderen zu diesem Tagesordnungspunkt Erschienenen!

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU [0336](#)
Schutzfristen für Kleingärten unbefristet verlängern
Drs 16/2640
- b) Antrag der Fraktion der Grünen [0337](#)
Perspektive für Kleingartenanlage langfristig verlängern!
Drs 16/2642

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0318](#)
Möglichkeiten von Ausnahmegenehmigungen für Parkraumbewirtschaftungszonen zur Förderung des Mittelstandes
(auf Antrag der Fraktion der FDP)
- b) Antrag der Fraktion der FDP [0183](#)
**Weniger Bürokratie für den Mittelstand:
Bezirksübergreifende Parkausweise für Handwerksbetriebe**
Drs 16/1322

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.